

Stand: 01.06.2025 01:54:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/27884

"Bericht zur langfristigen Sicherheit der bayerischen Atommülllager"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/27884 vom 09.03.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/29088 des UV vom 20.04.2023
3. Beschluss des Plenums 18/29363 vom 14.06.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 147 vom 14.06.2023



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Paul Knoblach, Maximilian Deisenhofer, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Gisela Sengl, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zur langfristigen Sicherheit der bayerischen Atommülllager

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Erhöhung der Sicherheit der atomaren Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente an den Standorten Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Isar zu berichten.

In dem Bericht ist insbesondere auf die Aktivitäten des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz als Aufsichtsbehörde über die atomaren Zwischenlager einzugehen und dabei zu folgende Themen Stellung zu nehmen:

- Welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der drei Castorlager wurden von der Aufsichtsbehörde in dieser Legislaturperiode verlangt?
- Welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der drei Castorlager wurden vonseiten der Betreiber eigenständig in dieser Legislaturperiode vorgenommen?
- Sieht die bayerische Aufsichtsbehörde Veränderungen in der Gefährdungslage bei den Zwischenlagern, insbesondere durch eine weitere Entwicklung im Bereich von panzerbrechenden Waffen, durch den Flugverkehr, durch internationale Spannungen, durch Alterungserscheinungen in der Anlage und durch organisatorische oder administrative Mängel?
- Welche weiteren Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den drei Standorten erwägt die Staatsregierung?
- Welche Konsequenzen zieht die bayerische Atomaufsichtsbehörde aus der absehbaren Entwicklung, dass sich der Beginn der Endlagerung weiter verzögern wird und damit die ursprüngliche Planung der Räumung der drei bayerischen Castorlager in den 40er Jahren unrealistisch wird?

Begründung:

Die Entsorgung der radioaktiven Hinterlassenschaft der deutschen Atomwirtschaft ist ein größeres Problem als bisher gedacht. Aktuelle Berichte zufolge wird die Einlagerung der abgebrannten Brennelemente in ein Endlager deutlich später erfolgen als geplant. Es ist damit zu rechnen, dass die Einlagerung erst beginnen kann, wenn die Genehmigungen für die Lagerhallen ausgelaufen sind und die aktuell gültigen Sicherheitsnachweise für die Castorbehälter längst abgelaufen sind.

Dies gilt auch für die drei bayerischen Castorlager in Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Essenbach/Isar.

Gleichzeitig verändert sich die Gefahrenlage von Jahr zu Jahr, in verschiedenster Hinsicht: von Alterungserscheinungen der Behälter bis hin zu zunehmendem internationalen Terrorismus.

Die Situation an den drei bayerischen Castorstandorten muss kontinuierlich verbessert werden. Der Bericht soll Aufschluss geben, was in der jüngsten Vergangenheit unternommen wurde, um eine Grundlage zu haben, wie die Sicherheit in den nächsten Jahren weiter erhöht werden kann.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/27884

Bericht zur langfristigen Sicherheit der bayerischen Atommülllager

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Rosi Steinberger**
Mitberichterstatter: **Hans Ritt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 20. April 2023 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Paul Knoblach, Maximilian Deisenhofer, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Gisela Sengl, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/27884, 18/29088

Bericht zur langfristigen Sicherheit der bayerischen Atommülllager

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Erhöhung der Sicherheit der atomaren Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente an den Standorten Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Isar zu berichten.

In dem Bericht ist insbesondere auf die Aktivitäten des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz als Aufsichtsbehörde über die atomaren Zwischenlager einzugehen und dabei zu folgenden Themen Stellung zu nehmen:

- Welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der drei Castorlager wurden von der Aufsichtsbehörde in dieser Legislaturperiode verlangt?
- Welche Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der drei Castorlager wurden vonseiten der Betreiber eigenständig in dieser Legislaturperiode vorgenommen?
- Sieht die bayerische Aufsichtsbehörde Veränderungen in der Gefährdungslage bei den Zwischenlagern, insbesondere durch eine weitere Entwicklung im Bereich von panzerbrechenden Waffen, durch den Flugverkehr, durch internationale Spannungen, durch Alterungserscheinungen in der Anlage und durch organisatorische oder administrative Mängel?
- Welche weiteren Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an den drei Standorten erwägt die Staatsregierung?
- Welche Konsequenzen zieht die bayerische Atomaufsichtsbehörde aus der absehbaren Entwicklung, dass sich der Beginn der Endlagerung weiter verzögern wird und damit die ursprüngliche Planung der Räumung der drei bayerischen Castorlager in den 40er Jahren unrealistisch wird?

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD.

(Zuruf)

– Ich glaube nicht, dass die fraktionslosen Abgeordneten hier abstimmen dürfen.

Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Mai 2023 (Vf. 18-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK)

PII-G1310.22-0019
 Drs. 18/29167 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☐

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Mai 2023 (Vf. 19-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern
1. Bayerische Staatsregierung
2. Bayerischer Landtag
vom 8. Dezember 2022 über die Frage, ob die Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0020
Drs. 18/29168 (G) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☐

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

Europaangelegenheiten

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Beschäftigung und Soziales
Europäischer Behindertenausweis
10.02.2023 - 05.05.2023
Drs. 18/27810, 18/29324

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
Drs. 18/29324 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Petra Guttenberger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Übertragung von Verfahren in Strafsachen
COM(2023) 185
BR-Drs. 175/23
Drs. 18/29212, 18/29321

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐ ohne	☒	☒

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/85/EU des Rates über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten
COM(2023) 242 final
BR-Drs. 189/23
Drs. 18/29269, 18/29322

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐ A	☒	☐ ohne	☒	☒

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

6. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Trauerflor für verunglückte Polizistinnen und Polizisten
Drs. 18/26270, 18/28511 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

[illegible]

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Kinderschutz in Bayern braucht eine verlässliche Finanzierung –
Erweiterung der Förderlinie BayMBI. 2022 Nr. 164
Drs. 18/27806, 18/29072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Aufbau eines Bayerischen Zentrums für Rückführung
Drs. 18/27818, 18/29223 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

17. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
EU in die Schranken weisen:
Nutzung von heimischem Holz weiter ermöglichen
Drs. 18/28128, 18/29265 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

18. Antrag des Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos)
Inaktivierte gentechnisch veränderte Versuchstiere
als Futtermittel zulassen
Drs. 18/28158, 18/29268 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

19. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold u.a. SPD
Landesaktionsplan statt Podcast – Queerbeauftragte/-beauftragten benennen und Landesaktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen
Drs. 18/28244, 18/29075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Intimsphäre von Gefangenen konsequent schützen –
Empfehlungen aus dem Jahresbericht 2021 der Nationalen Stelle
zur Verhütung von Folter umsetzen
Drs. 18/28245, 18/29220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtssicherheit schaffen: Langzeitbesuche in Gefängnissen regeln!
Drs. 18/28250, 18/29221 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Volle Energie für Solarnutzung von Parkplätzen
Drs. 18/28251, 18/29214 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Volle Energie für Solarnutzung auf Dächern
Drs. 18/28252, 18/29215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐ ENTH	☐

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindertagesstätte am Max-Planck-Institut in Garching erhalten
Drs. 18/28371, 18/29136 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart AfD
Reparieren statt wegwerfen! –
Bayerisches Reparaturlabel jetzt auf den Weg bringen!
Drs. 18/28412, 18/29191 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

30. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. AfD
Evaluation von Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Zusammenhang mit Eingriffen in die Natur durch den Bau und Betrieb von Energieerzeugungsanlagen in Bayern
Drs. 18/28413, 18/29190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

31. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Hilfsangebote für von Gewalt bedrohte Frauen und Kinder sichern
Drs. 18/28415, 18/29216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

32. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart u.a. AfD
Umsetzung des novellierten Elektrogesetzes in Bayern
Drs. 18/28419, 18/29189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐